

FDP Wetterau

Wahlprogramm Kreistag

2011-2016

1. Präambel

Das nachfolgende Wahlprogramm der FDP Wetterau für die Wahlperiode 2011-2016 ist der Leitfaden für das kommunalpolitische Handeln der FDP im Wetteraukreis. Die FDP Wetterau hat in den vergangenen 5 Jahren gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern nicht nur dafür gesorgt, dass der Wetteraukreis auf der einen Seite trotz Finanzkrise handlungsfähig bleibt, sondern sie hat auch die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft gestellt.

Vor der Finanzkrise war es gelungen, mit dem Abbau der Schulden des Wetteraukreises zu beginnen. Durch die Finanzkrise und die damit einhergehenden Steuereintrübe ist das Defizit jedoch wieder dramatisch angewachsen. Es wird eine Hauptaufgabe der kommenden Wahlperiode sein, eine weitere Verschuldung des Wetteraukreises zu stoppen und gleichzeitig mit einer Verminderung der Verschuldung zu beginnen. Dies kann nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller politischen Kräfte gelingen, denn gleichzeitig wollen wir die hohe Leistungsfähigkeit des Wetteraukreises und die Dienstleistungsorientierung der Verwaltung erhalten.

Schon zu Beginn der letzten Wahlperiode hat die FDP mit ihren Partnern dafür gesorgt, dass insbesondere in die Schulen des Wetteraukreises investiert wird. Es wurde ein bis dahin für den Wetteraukreis beispielloses Investitions- und Sanierungsprogramm für alle Wetterauer Schulen aufgelegt. Damit wurde der zuvor über Jahre hinweg aufgetürmte Sanierungsstau beendet. Es ist beeindruckend, was in den letzten 5 Jahren an allen Schulen des Wetteraukreises geleistet worden ist. Mit Stolz kann man festhalten, dass sich die Schulgebäude des Wetteraukreises noch nie in einem so guten Zustand befunden haben. Es ist das erklärte Ziel der FDP, diesen Weg unter allen Umständen fortzusetzen. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Dabei wurde auch beispielhaft auf ökologische Gesichtspunkte Wert gelegt und im Sinne des Klimaschutzes bereits frühzeitig damit begonnen, neue Gebäude in Passivhausstandard zu errichten bzw. vorhandene Gebäude mit modernen Wärmeschutzmaßnahmen zu versehen, um so kostbare Energie einzusparen. Gleichzeitig wurde in moderner Heiztechnik investiert, u.a. durch den Bau neuer Heizanlagen oder Photovoltaikanlagen.

Es ist uns auch gelungen, alle Grundschulstandorte zu erhalten, nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“. Die FDP Wetterau wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieser eingeschlagene Weg bei gleichbleibenden und damit ausreichenden Schülerzahlen erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Die FDP im Wetteraukreis setzt sich ein:

- 1. für eine sparsame Haushaltsführung** mit dem Ziel, die enormen Schulden schnell abzubauen.
- 2. für eine effektive und transparente Verwaltung.** Die Verwaltung des Wetteraukreises muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dabei sollten sich möglichst alle Bereiche der Verwaltung unter einem Dach befinden und ausgelagerte Bereiche sollten wieder in die Verwaltung integriert werden.
- 3. für den Erhalt und die Sanierung der Schulräume.** In die Wetterauer Schulgebäude muss weiter ausreichend investiert werden. Unsere Kinder brauchen ordentlichen Schulraum. Der Kreis hat im Rahmen eines Investitionsprogramms viel für die Wetterauer Schulen getan. Er darf sein Eigentum aber nach Ablauf dieses Programms nicht verfallen lassen und muss die Bauunterhaltung professionell regeln; dieser Bereich ist wegen des immer noch erheblichen Nachholbedarfs an vielen Schulen im Wetteraukreis zu verstärken.
- 4. für die Eingliederung des gesamten Wetteraukreises in die Zukunftsregion Rhein-Main.** Eine Zweiteilung des Kreisgebietes zum Nachteil einiger Kommunen im Osten des Wetteraukreises darf nicht erfolgen.
- 5. für ein langfristiges Umgehungsstraßen-Programm im Wetteraukreis und den Ausbau des Wetterauer Straßennetzes.** Der Wetteraukreis muss sein eigenes Straßennetz leistungsfähig erhalten und ausbauen. Nur auf diese Weise wird der unvermeidliche Verkehrsfluss durch Pendler auf den Wetterauer Straßen vermindert und auf der anderen Seite den Pendlern ein Angebot schneller und gut ausgebauter Strecken und eine gute Anbindung an den Wirtschaftsraum Rhein-Main garantiert.
- 6. für einen schlanken und effizienten Kreistag.** Die Zahl der Kreistagsmitglieder ist auf die für eine effiziente Arbeit optimale Höhe zu verringern. Der Wetterauer Kreistag braucht nicht mehr Mitglieder als z.B. der saarländische oder der schleswig-holsteinische Landtag. Zudem ist die Anzahl der Ausschüsse zu reduzieren.

7. für eine Wirtschaftskampagne Ostkreis. Die Arbeitslosenquote ist im Ostteil unseres Kreises deutlich höher als im Kreisdurchschnitt. Die Ursachen der Vergleiche und Insolvenzen gerade im Altkreis Büdingen müssen erkannt, die Mängel gemeinsam mit IHK, Kreishandwerkerschaft und der Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH beseitigt werden. Arbeitsplätze müssen wohnortnah nicht nur erhalten, sondern auch neu geschaffen werden. Im Interesse der Chancengleichheit muss der Kreis alle Möglichkeiten zum Ausgleich der Ungleichverteilung der Wettbewerbschancen nutzen.

1. Kreisfinanzen

Der Kreis verwaltet unsere Steuergelder. Die Kreis- und die Schulumlage belasten die strapazierten Haushalte der Kommunen erheblich. Eine weitere Erhöhung der Kreis- und Schulumlage lehnt die FDP Wetterau ausdrücklich ab.

Die kommunale Selbstverwaltung ist eine Gesamtaufgabe des Staates. Die kommunalen Gebietskörperschaften können ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn sie auch mit den ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Dies entbindet die Kommunen zwar nicht davon, selbst für eine sparsame Verwendung der Mittel zu sorgen. Gleichzeitig müssen aber auch der Bund und das Land ausreichende Mittel für die Kommunen zur Verfügung stellen. Insofern begrüßt die FDP Wetterau ausdrücklich eine Reform des Länderfinanzausgleiches, damit die Steuereinnahmen gerecht verteilt werden. Es kann nicht sein, dass sich durch das Land Hessen mitfinanzierte Bundesländer Ausgaben und „Wohltaten“ leisten, welche in Hessen und seinen Kommunen aufgrund der Geldabflüsse in den Länderfinanzausgleich nicht zu finanzieren sind.

Deshalb trägt der Kreis besondere Verantwortung dafür, dass die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen und Dienstleistungen sparsam und wirksam gestaltet werden. Dazu gehören neben gut ausgebildeten und leistungsorientierten Mitarbeitern auch rationelle und bürgerfreundliche Verwaltungsabläufe.

Hier ist der Eigenbetrieb des Wetteraukreises „Webit“ ein hervorragendes Beispiel für effizientes Verwaltungshandeln. Dieser durch einen FDP-Dezernenten geführte Eigenbetrieb ist nicht nur in der Lage, sich selbst mit einem Gewinn zu finanzieren, sondern hat gleichzeitig dafür gesorgt, dass die Kosten für den Wetteraukreis im Bereich Computeranwendungen, Telefonie usw. deutlich gesenkt werden konnten.

Insgesamt muss die Verwaltung noch effizienter gestaltet werden und die Verwaltungsabläufe müssen weiter optimiert werden. Aufgrund der seit einigen Jahren auch im Wetteraukreis eingeführten modernen Buchhaltung (Doppik) gibt es kaum noch Gründe für eine Ausgliederung einzelner Bereiche der Verwaltung

in Eigenbetriebe. Der „Konzern Wetteraukreis“ ist insgesamt zu kompliziert konstruiert, was zu Reibungsverlusten und nicht nachvollziehbarem Verwaltungshandeln führt. Nach Auffassung der FDP soll deshalb die Wiedereingliederung der verschiedenen Eigenbetriebe und selbstständigen Einheiten des Wetteraukreises in die Verwaltung möglichst kurzfristig umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang soll auch die interkommunale Zusammenarbeit ausgebaut werden, denn es ist nicht erforderlich, dass jede kommunale Gebietskörperschaft für alle Eventualitäten eigene Verwaltungsstrukturen aufbaut. Diese interkommunale Zusammenarbeit sollte sowohl zwischen dem Wetteraukreis und seinen Städten und Gemeinden erfolgen, als auch zwischen dem Wetteraukreis und den benachbarten Landkreisen.

Der Zusammenschluss der Krankenhäuser des Wetteraukreises mit dem Hochwaldkrankenhaus ist auch in finanzieller Hinsicht ein großer Erfolg der FDP und der Bürgerlichen Koalition. Es ist gelungen, alle Krankenhausstandorte zu erhalten, die Angebote auszubauen, wie auch an den verschiedenen Standorten in die Gebäude zu investieren. Die optimale Versorgung der Wetterauer Bürger ist damit dauerhaft gesichert. Gleichzeitig ist das Defizit des Gesundheitszentrums Wetterau insgesamt stark gesunken. Dieser eingeschlagene Weg muss unter allen Umständen fortgesetzt werden. Es muss das Ziel sein, bei einer weiterhin guten medizinischen Versorgung der Wetterauer Bevölkerung das Defizit weiter zu senken, sodass im Ergebnis der Gesundheitsbereich ohne Zuschüsse aus dem Haushalt des Wetteraukreises betrieben werden kann. Hierzu muss auch die Zusammenarbeit zwischen den anderen Kliniken im Wetteraukreis ausgebaut werden. So kann beispielsweise durch den gemeinsamen Einkauf von Medikamenten sehr viel Geld gespart werden; zudem kann sich durch die Zusammenarbeit der Kliniken die einzelne Klinik auf einzelne Behandlungen spezialisieren, sodass im Ergebnis aber eine vollständige Behandlung angeboten werden kann.

Die von uns geforderte Finanzpolitik bedeutet:

- konsequenter Abbau der unverantwortlich hohen Verschuldung des Kreises
- Investitionen für neue Maßnahmen - im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern mit Ausnahme des Schulbereiches - nur dann, wenn die Finanzierung, auch der Folgekosten, langfristig gesichert und vom Rechnungsprüfungsamt kontrolliert ist

- Optimierung der Innenrevision in der Kreisverwaltung. Nur so kann eine korrekte und preisgünstige Auftragsvergabe sichergestellt werden.
- externe Überprüfung der Verwaltung auf Effizienz, insbesondere in Bezug auf Personaleinsatz und Arbeitsabläufe.
- Förderung der Leistungsbereitschaft der Bediensteten und ihrer Bereitschaft zur Einsparung von Verwaltungskosten. Besondere Leistungen sind zu belohnen. Das Vorschlagswesen ist auszubauen.
- Echte Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Zur Erhöhung des Privatisierungsdrucks müssen die Rahmenbedingungen stärker als bisher unternehmerische Aktivitäten des Kreises begrenzen und die echte Privatisierung fördern. Dabei reichen „Scheinprivatisierungen“, bei denen Behörden oder Eigenbetriebe unter Beibehaltung aller sonstigen Umstände in –weiter der Gebietskörperschaft gehörende- Gesellschaften privater Rechtsform überführt werden, nicht aus. Vielmehr sind, wo immer möglich und vorteilhaft, Unternehmen zu beauftragen, die in keiner gesellschaftsrechtlichen Verbindung zur Gebietskörperschaft stehen.
- Es sollen dem Kreistag vom Kämmerer regelmäßige Sachstandsberichte vorgelegt werden, sowie eine schnelle Erstellung der Eröffnungsbilanz und der Jahresabschlüsse erfolgen.
- Rückführung von „Standards“ für Vorgaben innerhalb der Verwaltung oder Auflagen gegenüber dem Bürger auf ein finanzierbares Maß, ohne gesetzliche Auflagen aus dem Auge zu verlieren.

2. Kommunale Wirtschaftspolitik

Kommunale Wirtschaftspolitik ist ein zentrales Anliegen der FDP. Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Wetterau wird wesentlich von den Faktoren Verkehrsinfrastruktur, Wohnraumangebot, Vorhandensein von Krippenplätzen, Kindergarten- und Schulanangebot, Kulturangebot sowie der Ausweisung von Gewerbegebieten mitbestimmt. Der Wetteraukreis ist gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und weitere zu schaffen.

Die Wirtschaftsförderung muss sich mehr als bisher auf das verarbeitende Gewerbe und wirtschaftsnahe Dienstleistungen konzentrieren. Die Effizienz der Förderung sollte durch eine konsequente Ausrichtung auf die Unterstützung der Neugründung und Ansiedlung von Unternehmen sowie die Förderung industrienaher Forschung erhöht werden.

Durch gezielte Werbung (z.B. Gewerbeansiedlungsatlas) ist die Umsiedlung von verarbeitendem Gewerbe und von Dienstleistungsbetrieben aus dem Ballungsgebiet in den Wetteraukreis zu fördern, um zusätzliche wohnortnahe Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Die südliche Wetterau hat hier inzwischen eine erfreuliche und erfolgreiche Eigendynamik entwickelt, die Bemühungen des Kreises müssen daher nun vordringlich dem östlichen und dem nördlichen Teil unseres Kreises gelten.

Bei der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe soll der Wetteraukreis die Gemeinden insbesondere durch eine zügige Durchführung der Planungs- und Genehmigungsverfahren unterstützen und die Entwicklungsmöglichkeiten durch vorausschauende Bebauungsplanung fördern.

Nicht zuletzt auf ständiges öffentliches Drängen der FDP wurde die „Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH“ gegründet. Die FDP fordert den Kreis als Gesellschafter dieses Unternehmens auf, sich noch konsequenter für die Belange der kleinen und mittleren Firmen einzusetzen.

Landwirtschaftliche Betriebe, die auf ökologischen Anbau umstellen wollen, müssen beratende Unterstützung erhalten. Die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte ist auch in Zukunft zu fördern.

Die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Handwerk und der Fachhochschule Gießen-Friedberg ist durch einen verstärkten Informationsaustausch mit dem Ziel der Innovationsförderung zu unterstützen.

Konsequente Aufgabenprivatisierung

Zahlreiche Dienst- und Serviceleistungen werden immer noch von der öffentlichen Verwaltung erbracht, obwohl private Anbieter diese Aufgaben effizienter erledigen können. Die FDP fordert daher eine systematische Prüfung dieser Leistungen und die Ausnutzung aller Möglichkeiten der Aufgabenprivatisierung. Erforderlich ist ein für alle staatlichen Stellen geltendes Privatisierungsgebot mit einer Umkehr der Beweislast: Nicht der private Anbieter, sondern die öffentliche Hand muss nachweisen, dass sie die betreffende Leistung effizienter erbringen kann.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründer

Die Unterstützung von Existenzgründern – insbesondere durch Hilfen im Bereich Marketing – ist besser zu organisieren. Die FDP setzt sich für Maßnahmen ein, die der Erleichterung von Existenzgründungen dienen. Die Genehmigungserteilung muss entschlackt und möglichst auf einer Dienststelle gebündelt werden. "Gründungslotsen" sollen potenzielle Unternehmer beraten und unterstützen.

Förderung des Tourismus

Die Wetterau verfügt über sehenswerte Kulturgüter von der Qualität „Weltkulturerbe“ über Boden- und Baudenkmäler bis hin zu attraktiven Landschaftsbestandteilen. Dies wird ergänzt durch kulturelle Aktivitäten in Städten und Gemeinden, die auch überregional von Bedeutung sind. Die Positionierung dieser Standortgegebenheiten, Möglichkeiten und Angebote im Rahmen von Einbindung in sogenannte „Destinationen“ muss über die bereits entwickelten Konzepte hinaus erweitert und professionell ausgebaut werden.

OVAG

Die FDP spricht sich für den Erhalt der OVAG als wesentlichen Bestandteil der Daseinsvorsorge in der Wetterau aus. Änderungen der Strukturen und der Geschäftspolitik sind aber erforderlich. Zukünftig muss die OVAG von ausgewiesenen Fachleuten geleitet werden und sollte nicht als Versorgungseinrichtung für ehemalige Politiker dienen.

In der laufenden Legislaturperiode ging das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit deutlich zurück. Nach Auffassung der FDP benötigt die OVAG strategische Kooperationspartner aus dem privaten oder kommunalen Bereich, welche sie beim Stromeinkauf und bei der Aufstellung am Markt in Richtung Optimierung unterstützen, damit die OVAG zukünftig nicht in die Verlustzone gerät.

3. Verkehrsplanung

Die FDP Wetterau setzt sich für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ein. Die Planung von Verkehrsströmen in der Wetterau muss die Bedürfnisse der kommenden Generation im Blick haben und darf nicht lediglich auf das nächste Wahljahr gerichtet sein.

Öffentlicher Personennahverkehr findet nicht nur auf der Schiene statt, wo es das bestehende Streckennetz zu sichern und zu modernisieren gilt. Gerade im ländlichen Raum hat vor allem der Busverkehr heute eine besondere Bedeutung. Auf seinen weiteren nachfrageorientierten Ausbau ist ein besonderes Augenmerk zu legen. Aufgrund der „wirtschaftlich wichtigen“ Pendlerströme ist es unerlässlich, die offensichtlichen Defizite im Straßenbau weiter aufzuarbeiten. Eine gute Verkehrsanbindung ist ein besonders wichtiger Standortfaktor.

Die FDP fordert ein modernes Verkehrsmanagement mit dem Ziel, die unterschiedlichen Verkehrsträger, entsprechend ihren Stärken, miteinander zu verknüpfen.

Sie fordert

- den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere den viergleisigen Ausbau der S 6 von Frankfurt bis Friedberg/Bad Nauheim unter Berücksichtigung moderner Lärmschutzmaßnahmen.
- die Entlastung des innerörtlichen Verkehrs durch Bau von Umgehungsstraßen - z.B. in Karben (Nordumgehung und B3), Büdingen-Büches, Nidda und Altenstadt, Friedberg-Fauerbach;
- den vierspurigen Ausbau der B3 zwischen Bad Vilbel-Massenheim und dem Knoten 0 in Karben
- den Weiterbau der B 3a (Umgehungen Karben, Wöllstadt und Butzbach) und der B 275;
- die Unterstützung des Schienenverkehrs und Verbesserung des Schienenverkehrs, z. B. auf der Strecke Gießen - Frankfurt und die weitere Modernisierung der Züge der Niddertalbahn („Stockheimer Lieschen“); Die Städte und Gemeinden sollen von Seiten der Kreisverwaltung dabei unterstützt werden, in Absprache mit den zuständigen Stellen der Deutsche Bahn AG weitere Angebote an Park & Ride-Parkflächen zur Verfügung stellen zu können.

Die FDP ist für den Erhalt und die Sanierung von Bahnhöfen und Bahnsteigen und deren barrierefreien Ausbau. Dies ist vor allen Dingen eine Aufgabe der Deutsche Bahn AG und des RMV. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wird sich die FDP dafür einsetzen, dass diese Institutionen ihren Aufgaben gerecht werden. Dabei kann in konkreten Einzelfällen auch ein privater Investor beteiligt werden, insbesondere bei einer modernen

Nutzung von Bahnhofsparzellen, wobei aber die Funktion als Bahnhof gesichert sein muss.

Mit der Realisierung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens sollten die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen für die Bevölkerung rund um den Flughafen in vollem Umfang umgesetzt werden. Der Flughafen ist und bleibt ein wesentliches Element der Infrastruktur und der Wirtschaft im Rhein-Main-Gebiet.

4. Bildung und Kultur

4.1 Schule

Neben der Wissensvermittlung gehört zu den Aufgaben der Schule auch die Erziehung zu Selbständigkeit, Toleranz, Gemeinschaftssinn, der Bereitschaft zur Übernahme sozialer Verantwortung und zur Leistung in eigener Verantwortung. Mit der Wahrnehmung dieser Erziehungsaufgaben unterstützt die Schule die Eltern bei der Kindererziehung. Schule soll auch Spaß machen, ihr eigentliches Ziel ist es aber, mit einem qualifizierten Unterricht den Kindern die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, die sie benötigen, um später ihren Lebensunterhalt verdienen und politische und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu können.

Die FDP setzt sich für den Erhalt bzw. Ausbau einer vielfältigen Schullandschaft in der Wetterau ein. Es ist der FDP zusammen mit ihren Partnern gelungen, dass alle Standorte von Grundschulen erhalten bleiben. Dies wird in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe bleiben. Zu einer vielfältigen Schullandschaft gehören auch gymnasiale Oberstufen an Gesamtschulen neben den Oberstufen der klassischen Gymnasien sowie die Privatschulen und die Begabtenförderung. Ausschlaggebend ist für uns der Wille der Bürger vor Ort vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, nicht die Ideologie der Parteien.

Unser Stichwort heißt „Bildung ohne Bevormundung“. Die Wetterauer Schullandschaft darf nicht an allen Stellen durch Schulschließungen und Zusammenlegungen von Einrichtungen verändert werden. Bei den Abwägungen zur jeweiligen Überarbeitung der Schulentwicklungspläne soll Wohnortnähe der Angebote, das vorhandene Schulraumangebot (unter Berücksichtigung der Gebäudesubstanz) und die Möglichkeiten der „Durchlässigkeit“ zwischen den Bildungsangeboten gegenüber rein finanzpolitischen Aspekten nicht vergessen werden.

Die Einrichtung einer Gesamtschule unter Einbezug eines neuen gymnasialen Zweiges in Wölfersheim und einer gymnasialen Oberstufe an der Limeschule in Altstadt zeigen exemplarisch die erfolgreiche

Schulpolitik der FDP sowohl im Wetteraukreis als auch im Lande Hessen. Den Standort in Wölfersheim und die gymnasiale Oberstufe in Altenstadt will die FDP dauerhaft sichern und dort die notwendigen Investitionen in die Gebäudesubstanz vornehmen.

Der Kreis ist in der abgelaufenen Wahlperiode seinen Verpflichtungen als Schulträger endlich wieder gerecht geworden und hat damit begonnen, den Instandhaltungsstau der Schulgebäude abzubauen. Dieser eingeschlagene Weg muss nach Auffassung der FDP unbedingt beibehalten und weiter verfolgt werden.

Die FDP fordert, durch eine sinnvolle Budgetierung von Haushaltsmitteln die Möglichkeiten der Schulleitung vor Ort zu erweitern. Kleinere Anschaffungen, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen müssen schneller und unbürokratisch abgewickelt bzw. umgesetzt werden können.

Der Schulentwicklungsplan muss stetig fortgeschrieben und damit weiter entwickelt werden, an Wünsche der Schulen auf Organisationsänderung angepasst werden können und gesetzlichen Vorgaben Rechnung tragen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass es zu einem offenen und kritischen Dialog mit den Betroffenen kommt. Offene Standortfragen, drohende Schulschließungen oder organisatorische Veränderungen bis hin zu möglicher Schülerlenkung müssen gegenüber den Schulen, der Elternschaft und den betroffenen Schülerinnen und Schülern von der Kreisverwaltung frühzeitig offen angesprochen werden. Es genügt nicht, die vorhandenen Probleme wortreich zu beschreiben, es müssen vielmehr frühzeitig zunächst Problembeschreibungen und dann sachgerechte Lösungsvorschläge auf den Tisch.

Die Schul[aus]bildung darf die Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht vernachlässigen. Die Medienkompetenz in den Schulen muss noch weiter entwickelt werden. Jede Lehrerin und jeder Lehrer soll mit den Methoden und Techniken computergestützten Lernens vertraut sein. Die Vermittlung von Kompetenz auf diesem Gebiet muss auf allen Stufen der Aus- und Weiterbildung ein wichtiges Ziel sein.

Die FDP fordert daher die weitere Ausstattung der Schulen - vor allem der weiterführenden Schulen - in Bereichen wie Informations- und Kommunikationstechnologie und naturwissenschaftlichem Unterricht, damit die mittelbaren und unmittelbaren Beschäftigungschancen dieser Branchen in den nächsten Jahren voll genutzt werden können. Der Wetteraukreis hat als Schulträger für die hierzu erforderliche Ausstattung zu sorgen. Auch hier hat die FDP in der Verantwortung bewiesen, dass die Ausstattung von Schulen mit modernen Unterrichtsmitteln und Medien auch in Zeiten knapper Kassen möglich ist.

Ein wichtiges Anliegen der FDP ist der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten. Der Wetteraukreis muss eine flächendeckende

Betreuung von Kindern sowohl im Vorschulalter als auch während der Schulzeit sicherstellen. Hier hat es in den letzten Jahren bereits große Anstrengungen gegeben. Der Ausbau von Mensen und Betreuungseinrichtungen zeigt, dass der Wetteraukreis hier auf dem richtigen Weg ist. Die FDP will den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten weiter forcieren.

4.2 Kunst und Kultur

Kultur und Kunst sind wichtige und prägende Elemente des Zusammenlebens in einer Gemeinde und in einer Region. Entgegen der Auffassung in vielen Rathäusern ist kommunale Kulturpolitik nicht allein Schulpolitik. Die Unterstützung von Kultureinrichtungen, von Vereinen, Veranstaltungen und Künstlern ist eine wichtige gemeinschaftsbildende Aufgabe der Kommunalpolitik.

Die FDP setzt sich für eine Zuwendung und Förderung ein, die Freiräume schafft für kulturelle Lebendigkeit und Kreativität, die dem Einzelnen und der Gesellschaft neue Impulse geben und Chancen eröffnen.

Dies gilt auch unter dem Aspekt, dass in diesen Tätigkeitsfeldern neben der traditionellen Erwerbsarbeit neue wirtschaftliche Chancen entstehen. Schon heute sind Kunst und kulturelle Angebote wichtige Faktoren, die gemeinsam mit technischen und wirtschaftlichen Elementen die Qualität eines Standortes bestimmen.

Die FDP lehnt Bevormundung und zensierende Eingriffe in das Kunst- und Kulturleben ab. Kulturpolitik darf nach liberalem Verständnis nicht selbst kulturelle Inhalte bestimmen wollen. Sie soll vielmehr die Voraussetzungen und die Grundlagen für ihre Entfaltung sichern.

Dazu steht nicht im Widerspruch, dass auch die Kultureinrichtungen nach betriebswirtschaftlichen Regeln zu führen sind, sich dem Wettbewerb stellen müssen und nicht durch Finanzzuwendungen von kommunaler Seite den Wettbewerb verzerren. Nur auf diese Weise kann der finanzielle Spielraum für ihre weitere Entwicklung gesichert bzw. zurückgewonnen werden. Dabei können Kooperationen, vor allem aber Sponsoren und Stiftungen, eine wichtige Hilfe sein.

Die FDP unterstützt ausdrücklich die Stiftung Sprudelhof Bad Nauheim. In Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und der Stadt Bad Nauheim ist hier ein wegweisendes Konzept für die Nutzung des Sprudelhofes und einer Therme zu erarbeiten. Der Sprudelhof und eine zu errichtende Therme kann ein „Leuchtturm“ im Wetteraukreis sein, durch welchen viele Menschen angeregt werden, den Wetteraukreis zu besuchen.

5. Kommunale Sozialpolitik

5.1 Soziales

Die FDP fordert, dass der Wetteraukreis angesichts seiner katastrophalen Finanzsituation die erforderlichen Gelder für seine Sozialausgaben vernünftig und sinnvoll einsetzt. Dazu muss weiter über die Übernahme der Aufgaben aus „Hartz IV“ bzw. entsprechende und aktuelle Nachfolgeregelungen in Kreisregie nachgedacht werden, die die FDP in Form der Optionslösung gegenüber der Arbeitsgemeinschaft mit der „Agentur für Arbeit“ vorgezogen hätte. Hier dürfen auch in Zukunft keine Denkverbote gelten, obwohl diese Lösung zurzeit nicht mehrheitsfähig erscheint.

Uns Liberalen liegt die Würde und weitest mögliche Eigenständigkeit jedes einzelnen Bedürftigen besonders am Herzen. Daher hat grundsätzliche Prävention und jede Hilfe zur Selbsthilfe für uns Vorrang.

Trotz erster Erfolge durch die Politik der FDP Wetterau im Rahmen der Kreiskoalition ist der Anteil der weiblichen Sozialhilfeempfänger zwischen 25 und 35 im Wetteraukreis immer noch bedenklich hoch. Hierbei sind junge Mütter, die unverschuldet in soziale Not geraten, besonders hervorzuheben. Um besonders jungen, alleinerziehenden Müttern die Möglichkeit zu geben, einem Beruf nach zu gehen bzw. zu erlernen, sieht sich die FDP Wetterau in der Pflicht, mit Hilfe gezielter Maßnahmen, z.B. Unterstützung durch die Bereitstellung geeigneter Hort- und Betreuungsmöglichkeiten und die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen wie "Frauen helfen Frauen e.V." in Friedberg, "Das Mütter- und Familienzentrum" in Karben oder "Notmütterdienst" in Bad Nauheim von Seiten des Kreises und der Gemeinden zusätzlich zu unterstützen.

Zusätzlich ist das Gespräch mit Unternehmen zu suchen, welche bereit sind, jungen Müttern Arbeit oder einen Ausbildungsplatz zu bieten. Die effiziente Vermittlung von Arbeitsstellen und die Möglichkeit sein Kind bei geschulten und vertrauenswürdigen Personen sicher zu wissen, ist für eine nachhaltige Sozialpolitik unerlässlich.

Besonders bedenklich ist unabhängig vom Geschlecht die Anzahl der jugendlichen Sozialhilfeempfänger im Allgemeinen. Besonders junge Menschen benötigen eine Perspektive und müssen aktiv gefördert werden, um die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates sicher zu stellen. Hier ist das Gespräch mit Unternehmen zu suchen und die Vorzüge zur Schaffung von Ausbildungsplätzen hervor zu heben.

Aufgrund des demografischen Wandels unserer Gesellschaft ist ein besonderes Augenmerk auf eine geeignete Altenpflege zu legen. Die FDP Wetterau unterstützt den zielgerichteten Ausbau sozialer Dienste in freier und gemeinnütziger Trägerschaft für den Verbleib in der gewohnten Umgebung. Da dies leider

oftmals nicht möglich ist, befürworten wir ebenfalls den Ausbau und Neubau von stationären und teilstationären Einrichtungen. Hier ist darauf zu achten, dass die aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung der betroffenen Bürger sichergestellt ist.

Das Thema jugendliche Gewalt ist leider eine Sache, die immer wieder zu Schlagzeilen in der Presse führt. Um dieses Problem anzugehen, befürwortet die FDP Wetterau Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und Drogenmissbrauch, die unter anderem in Schulen und Vereinen durchgeführt werden. Hier ist der Ausbau des finanziellen Engagements an der Schulsozialarbeit weiter wohlwollend zu überprüfen. Außerdem befürworten wir die Arbeit von Sozialarbeitern und "Streetworkern" in sozialen Brennpunkten.

Die soziale Integration von Bürgern, die wegen Ihrer Lebensumstände oder Gebrechen nicht oder nur bedingt zur Selbsthilfe fähig sind, braucht den zielgerichteten Ausbau sozialer Dienste in freier und gemeinnütziger Trägerschaft für den Verbleib in der gewohnten Umgebung. In den stationären und teilstationären Einrichtungen ist die aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung der betroffenen Menschen sicherzustellen. Die FDP fordert den weiteren Ausbau von Pflegestützpunkten gerade in den ländlichen Gebieten der Wetterau.

Freizeit- und Erholungsanlagen sind bei Bebauungsplänen verstärkt zu berücksichtigen oder in schon bestehende Grünanlagen zu integrieren. Vereine, die Breitensport, insbesondere Jugend- und Seniorensport anbieten, sind bevorzugt zu fördern.

5.2 Integration

Die Politik der Wetterau muss sich aufgrund der wachsenden Anzahl der Bürger mit Migrationshintergrund der Thematik der Zuwanderung widmen.

Der FDP Wetterau ist hier vor allem die Nachhaltigkeit der Integrationsarbeit wichtig. Integrationspolitik bedeutet nicht nur Förderung derjenigen, die zugewandert sind, sondern bedeutet auch die Forderung, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Sprachkenntnisse sind hierfür eine Grundvoraussetzung. Es ist grundsätzlich wünschenswert, dass Kenntnisse der deutschen Sprache bereits im Herkunftsland erworben werden. Ist dies nicht der Fall, muss mit dem Erlernen sobald als möglich begonnen werden.

Zuwanderer müssen sich, wie alle anderen, klar und vorbehaltlos zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und seinen Werten bekennen.

Integrationspolitik ist keine Einbahnstraße. Sie richtet sich insofern auch an die deutsche Gesellschaft und muss dazu beitragen, dass Befürchtungen und Vorurteile abgebaut werden können. Integrationspolitik kann nur gelingen, wenn die hier lebende Bevölkerung das Gefühl bekommt, dass man ihre Interessen und Befürchtungen berücksichtigt.“

Partizipation und Förderung bürgerschaftlichen Engagement sind Grundlagen jeder nachhaltig orientierten Integrationspolitik. Mehr denn je muss die Wetterau dabei auch einen offenen und offensiven interkulturellen und interreligiösen Dialog führen. Nicht zu unterschätzen sind hierbei neue und innovative Formen der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation.

Hierzu gehört für die FDP Wetterau vor allem Vorurteile gegenüber von Bürgern mit Migrationshintergrund abzubauen. Dies ist unter anderem durch einen interreligiösen und interkulturellen Dialog innerhalb der Städte und Gemeinden zu unterstützen. Projekte wie "Offene Moschee", wie sie in manchen Gemeinden bereits durchgeführt werden, können helfen Ängste zu überwinden, tolerantes Miteinander und Verständnis für den jeweils Anderen zu schaffen. Daher sind gerade diese Projekte zu unterstützen.

Die FDP Wetterau setzt sich dafür ein, neue, aber auch bereits bestehende Integrationsprojekte mit Hilfe einer Evaluation auf Effektivität zu überprüfen, um vorhandene Gelder besser zu verteilen und somit die kommunale Finanzierung zu ermöglichen.

Die FDP Wetterau setzt bei ihrer Integrationspolitik verstärkt auf ehrenamtliche Helfer. Hausaufgabenhilfe und Sprachkurse könnten ehrenamtlich von Bürgern unterstützt werden. Gerade ältere Mitmenschen haben oft den Wunsch, sich in der Gemeinde einzubringen. Besonders hier sollten ehrenamtliche Helfer zur Unterstützung von Integrationsprojekten gewonnen werden.

Zum Erlernen der deutschen Sprache als einem der wichtigsten Bestandteile einer funktionierenden Integrationspolitik unterstützt die FDP Wetterau neben ehrenamtlichen Projekten zur Erlangung der deutschen Sprache ebenfalls anerkannte und private Bildungsträger in diesem Arbeitsfeld. Hierbei sind besonders Projekte, die sich mit der Spracherlangung Erwachsener und vor allem Eltern beschäftigen, besonders zu unterstützen.

Die FDP Wetterau sieht in der Einwanderung vor allem auch Chancen für die Wirtschaft. Schon heute gibt es in der Wetterau viele Firmen, die von Menschen mit Migrationshintergrund gegründet oder geführt werden. Daher sieht die FDP Wetterau eine direkte Hilfe für Unternehmen von Gründern oder einer Geschäftsleitung mit Migrationshintergrund vor allem durch gezielte Beratung bei der Existenzgründung als unerlässlich an.

Erfolgreiche Integrationspolitik ist keine Nischenpolitik mehr - sie muss als Querschnittsaufgabe in der Politik und Verwaltung verankert sein.

6. Energie

Die FDP Wetterau bekennt sich ausdrücklich zum Kompromiss der christlich-liberalen Bundesregierung hinsichtlich der Laufzeit der Atomkraftwerke in Deutschland. Solange eine Energieversorgung aus anderen Quellen nicht abgesichert werden kann, stellt die Nutzung der Atomkraft eine tragende Säule der Energieversorgung dar.

Ziel bei allen Überlegungen zur Energiepolitik muss es sein, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung und Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen zu steigern, damit sie sich langfristig am Markt durchsetzen. Die Liberalen wollen so den nachwachsenden Rohstoffen zum Durchbruch verhelfen. Das Potenzial von Biomasse kann relativ kurzfristig genutzt werden, da vor allem in Biogasbetrieben bei der Wärmeerzeugung aus Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen ausgereifte und praxiserprobte Technologien zur Verfügung stehen. Auch für den Anbau von Biomasse stehen besonders in der Wetterau ausreichend Flächen zur Verfügung. Beim weiteren Ausbau der Biomassenutzung müssen die am besten geeigneten Rohstoffe konsequent an den dafür am besten geeigneten Standorten angebaut werden.

Die FDP Wetterau setzt sich für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Dabei haben Energiequellen wie Biomasse, Erdwärme und Sonnenenergie Vorrang. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass der Kreis seinen Einfluss bei der OVAG geltend macht, den Anteil des Stromes zu erhöhen, der aus regenerativen Energien gewonnen wird. Sinnvoll ist nach unserer Ansicht auch eine Beteiligung der OVAG am Ausbau der erneuerbaren Energien, um die wirtschaftlichen Vorteile nutzen zu können. Die FDP Wetterau ist gegen die „Verspargelung“ der Wetterau. Sie ist daher gegen die Genehmigung und den Bau weiterer Windkraftanlagen in unseren dicht besiedelten Bereichen. Zusätzlich befürwortet die FDP den weiteren Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern kreiseigener Gebäude.

Die FDP Wetterau setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Kommunen wieder die Planungshoheit für die Errichtung von Anlagen zur Energiegewinnung erhalten und die im § 35 Baugesetzbuch festgelegte Privilegierung geändert wird. Sie fordert die Hessische Landesregierung zu einer entsprechenden Initiative im Deutschen Bundesrat auf.

7. Umwelt

Akzeptanz bei den Menschen ist eine entscheidende Voraussetzung, damit Politik zum Schutz der Umwelt langfristig erfolgreich betrieben werden kann. Deshalb setzt sich die FDP für eine Umweltpolitik ein, die den Menschen mit einbezieht. Der Mensch ist nicht Störenfried, sondern Gestalter der Umwelt mit einem

ureigenen Interesse am Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Statt Emotionalisierung und Ökosymbolik wollen wir eine praktikable rational geplante Umweltpolitik.

Wenn sich ökologische Politik in symbolischen Gesten erschöpft, beschädigen Ökosymbolik und lebensabgewandte Verzichts- und Verbotsideologien ihre Akzeptanz. Deshalb müssen umweltpolitische Ziele und Instrumente unter dem Einfluss der Entwicklungen von Wissenschaft und Technik stets überprüft werden. Nicht alles, was aus ökologischen Gründen einmal als richtig erkannt worden ist, behält seine Gültigkeit unverändert über Jahrzehnte. Erlasse und Verordnungen sind nach Möglichkeit mit einem Verfallsdatum zu versehen. Das Maß für eine gute Umweltpolitik ist das Erreichen ökologischer Schutzziele und nicht das Durchsetzen abgeleiteter Instrumente als Selbstzweck.

Um Generationengerechtigkeit zu erzielen, sind Klimaschutz und Ressourcenschonung erforderlich. Zur Generationengerechtigkeit gehört die Schaffung technologischer Optionen. Die FDP setzt deshalb neben mehr Energieeffizienz auf einen umweltverträglichen, breiten und technologieoffenen Energiemix. Ziel muss es sein, die fossilen Energieträger nach und nach zu ersetzen. Die FDP tritt für eine Energieproduktion ein, die den natürlichen Treibhauseffekt nicht verstärkt.

Energieeffizienz und Energieeinsparungen tragen nachhaltig zum Erreichen der klimapolitischen Ziele bei. Stärker als bisher kann dabei die Energieeinsparung in Gebäuden und die regenerative Wärmegewinnung (etwa durch Solarthermie und Erdwärme) im Rahmen eines konsistenten energie- und klimapolitischen Gesamtkonzeptes erschlossen werden. Besonders bei der Sanierung und dem Neubau von kreiseigenen Gebäuden und Schulen ist auf eine energieeffiziente Umsetzung der Vorhaben zu achten. Hier hat die FDP ebenfalls in den letzten Jahren bewiesen, dass die Verbindung von Ökologie und Ökonomie möglich ist, u.a. durch den Bau von Schulgebäuden mindestens in energieoptimierter Bauweise bis hin zu Passivhausstandard.

8. Landwirtschaft

Der ländliche Raum ist für einen erheblichen Teil der Wetterauer Bevölkerung Wohn- und Lebensraum. Er ist Reservoir für natürliche Ressourcen (Boden, Wasser, Luft, Artenvielfalt). Er bietet die notwendigen Freiräume für die Naherholung und auch für die Freizeitgestaltung der Bevölkerung. Und er leistet – nicht zuletzt – einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Produkten der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus.

Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft prägen nach wie vor in hohem Maße die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums auch bei uns. Landwirtschaftliche Betriebe stützen regionale Wirtschaftskreisläufe und sichern somit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region. Die Bewirtschaftung von

Acker- und Grünlandflächen durch landwirtschaftliche Betriebe hat in der Wetterau eine abwechslungsreiche und attraktive Kulturlandschaft geschaffen. Ihre Weiterentwicklung kann nur durch eine weiterhin arbeitende Landwirtschaft in der Wetterau gewährleistet werden.

Die Landwirtschaftspolitik wird wesentlich von der Europäischen Union bestimmt. Die Umsetzung der zahlreichen Vorgaben erfolgt aber naturgemäß vor Ort. Die FDP in der Wetterau begreift sich hier als Partner der Landwirte und steht jederzeit auch als Gesprächspartner vermittelnd und hilfreich zur Seite, wenn hier Unterstützung benötigt wird, etwa um Auswüchse der EU-Bürokratie abzuwehren.

Die FDP Wetterau fordert die Verbraucher ausdrücklich dazu auf, beim Einkauf von Lebensmitteln verstärkt auf die hochwertigen heimischen Produkte zurückzugreifen. Auf diese Weise werden die heimischen Produzenten in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion unterstützt und Absatzmärkte bleiben erhalten oder werden gar neu erschlossen. Auf diese Weise bleiben Arbeitsplätze in den vorgenannten Bereichen erhalten. Gleichzeitig trägt dies auf mittlere und längere Sicht zu einer Verkürzung von Transportwegen bei und stellt so einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz dar.

Die FDP Wetterau unterstützt weiterhin alle Formen landwirtschaftlicher Direktvermarktung.

Die FDP setzt sich im Rahmen der Kreisentwicklung für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem in der Wetterau in weiten Teilen qualitativ hochwertigen Ackerland ein. Dies steht an anderer Stelle durchaus im Konflikt mit Entwicklungen z.B. im Straßenbau. Hier muss ein behutsamer Abwägungsprozess stattfinden.

Die Landwirtschaft befindet sich im Wandel, auch in der Wetterau. Der Land- und Forstwirtschaft ist in den letzten Jahren durch die verstärkte Nachfrage nach Energie aus Biomasse und nachwachsenden Rohstoffen ein wirtschaftliches Potential zugewachsen, das sie neben ihren bisherigen Geschäftsfeldern dauerhaft in die Lage versetzen kann, aus eigener Kraft wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Die negativen Folgen beim Einsatz fossiler Brennstoffe haben eine erhebliche Nachfrage nach Energieprodukten aus Biomasse und nachwachsenden Rohstoffen ausgelöst. Damit erhalten die Agrarflächen eine zusätzliche Bedeutung, weil nachwachsende Rohstoffe in direktem Wettbewerb mit der Nahrungsmittelproduktion stehen.

Hierbei ist auch darauf zu achten, dass qualitativ hochwertige Böden nicht dauerhaft der Nahrungsmittelproduktion entzogen werden.

Das Jagdwesen ist Teil eines verlässlichen Naturschutzes. Die Wetterauer FDP wendet sich gegen jegliches Bestreben, die Jagdausübung aus ideologischen Gründen zu beschneiden.